

Sächsische Vorzeitung und Elbgau-Presse Tageszeitung

Hauptredaktion: Amt Dresden Nr. 31307

Post-Konto: Allg. Deutsche Creditanstalt, Blasewitz Postfach-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen

der Amtshauptmannschaften Dresden-Altk. und Dresden-Neust., des Amtsgerichts Dresden, der Superintendentur Dresden II, des Forstrentamts Dresden, sowie der Gemeinden Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Roschwitz, Bühlau, Weißig, Schönfeld, Wachwitz, Niederpoyritz, Hostowitz, Pillnitz, Dobritz, Landgast.

Erscheint jeden Wochentag nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: durch die Post vierteljährl. 12.—, einschließl. Bestellgeld; durch Boten frei ins Haus vierteljährlich 12.—, monatlich 4.—; bei Abholung in der Geschäftsstelle vierteljährlich 11.—, monatlich 3.75

Blasewitz Donnerstag, 16. Dezember 1920.

Anzeigen-Preis: die 6spaltige Grundzeile oder deren Raum 1.— Mark, im Tertiale die Zeile 2.50 Mark, für Tabellen- und schwierigen Satz 50% Zuschlag. Anzeigen-Aannahme für die nächste Nummer bis vorm. 11 Uhr.

Deutsche Volkspartei und Teuerungszulagen.

Von Oberpostsekretär Morath, M. d. R. Die Faltung der Deutschen Volkspartei in der Frage der Teuerungszulagen wird, dessen sind wir gewiß, nicht überall in Beamtenkreisen verstanden werden, und so doch das Ergebnis vorläufiger und vom Gesichtspunkte der Beamteninteressen geleiteter Überlegungen. Als am 4. November im Reichstag eine Abordnung aus Ebersfeld erschien und die Notlage der Beamten im rheinisch-westfälischen Teuerungsbezirk unter Darbietung unantastbaren Materials im erschrütternder Weise darlegte, nahmen die Vertreter der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei in dem ad hoc gebildeten interfraktionellen Ausschuss sofort die Stellung ein, bei der sie verblieben sind: Es muß so umfassend wie möglich, und es muß rasch geholfen werden. Unsere Vertreter schlugen einen Teuerungsanschlag auf Grund Gehalt und Ortsklassenzulagen in gleichen Hunderteilen für alle Beamten mit dem Einkommen von 1500 M. an Teuerungszulagen insoweit erhalten dürfe, und sie verlangten zugleich eine Erhöhung der Kinderzulagen. Die Vorschläge fanden im großen und ganzen die Zustimmung der übrigen Parteien. Nur die sozialistische Abgeordnete wünschten eine Staffelung der Zuschläge nach dem Grundgehalt. Die Fraktion der D. V. P. hat dann wiederholt durch ihre Vertreter auf eine schleunige Einbringung der Regierungsvorlage gedrungen, und in ihren Maßnahmen die volle Zustimmung des D. V. P.-Beamtenschaftsausschusses gefunden. Als das Kabinett die Vorlage einbrachte, welche lediglich eine Erhöhung der Kinderzulagen, und auch diese nur für die Ortsklassen A, B und C ausglich, war es das Bestreben der Fraktion, eine Mehrheit unter den Regierungsparteien für ihre schon oben gekennzeichneten Vorschläge zu finden. Ein angedeutetes der Tatsache, daß bei der Gewährung einer allgemeinen Teuerungszulage der widerstrebende Reichsrat neue Instruktionen von den Ländern hätte einfordern müssen, daß also mit einer Verjägerung von mehr als einer Woche zu rechnen und damit die Auszahlung der Teuerungszulagen vor Weihnachten gefährdet war, entschloß sich die Fraktion, auf dem Boden der Regierungsvorlage zu bleiben und diese nach Möglichkeit zu verbessern.

Die von der Regierung erlangten Zugeständnisse sind, wenn auch nicht befriedigend, so doch, wie zugegeben werden muß, nicht unbeträchtlich. Es ist gelungen, die Kinderzulagen für die Ortsklassen A, B und C um je 25 Prozent zu erhöhen und die bisher gar nicht bedachten Ortsklassen D und E mit 75 Prozent Zulage zu bedenken. Auch die Erhöhung des Ortsklassenzulagen für Diätäre von 80 auf 100 Prozent wird man als wesentliche Verbesserung anerkennen müssen. Der Versuch, eine Bestimmung in das Gesetz zu bringen, nach der die Beamten mit eigenem Hausstand, die keinen Anspruch auf Kinderzulagen haben, den Beamten mit einem Kinde bis zu 6 Jahren gleich zu achten sind, ist leider am Widerpruch des Finanzministers gescheitert. Dagegen sind die Bestrebungen der Partei von Erfolg begleitet gewesen, eine Auszahlung von gewissen Unterabzahlungen auf die eine Reihe von Beamtenklassen seit dem 1. April 1920 Anspruch hat, noch vor Weihnachten zu erreichen. Es kann nicht genug betont werden, daß die Beamtenschaft durchaus im Recht war, wenn sie eine schnelle Erledigung der Vorlage wünschte. Es soll die Verabredung von 6 Wochen auch keineswegs mit dem Hinweis darauf entschuldigt werden, daß die Erledigung gleicher Vorlagen unter dem sozialistisch geführten Koalitionsministerium des Vorjahres erheblich länger gedauert hat. Wir möchten wünschen, daß in Zukunft das Finanzministerium nicht erst durch die Eingaben einer durch die Not zur Verzweiflung getriebenen Beamtenschaft veranlaßt wird, der Frage der Anpassung des veränderlichen Gehaltssteils (der Teuerungszulage) an den Geldwert nachzutreten. Jedenfalls wird die Partei in diesem Sinne tätig sein.

Angeht die allgemeine politische Lage, und ganz besonders angeht die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung, besonders auch angeht gewisse außenpolitische Wirklungen jeder Erhöhung der Beamtensulagen wird die Beamtenschaft gut tun, sich vor unbekanntem Schritten zu hüten. Es ist charakteristisch, daß die von diesen Schwierigkeiten am besten unterrichteten Führer der Beamtenschaft und die politischen Parteien von der äußersten Rechten bis zu den Mehrheitssozialisten vor Streit entschieden warnen. Ein sozialdemokratischer Sprecher hat bei der Beratung der Vorlage über die Teuerungszulagen mit dürren Worten erklärt, daß man, wie die Dinge liegen, nun einmal in Deutschland niemanden und auch den Beamten nicht das Existenzminimum gewähren könne. Wir unerfahren meinen, daß man sich allerdings mit einer solchen Feststellung nicht begnügen kann und hoffen, Verändertes auch bei den Sozialisten, denen allerdings bisher die Reichsdarleiheit weit mehr als die Reichsbeamten am Herzen gelegen haben, für die Forderung zu finden, daß die Befreiung der Beamten auch weiter weggeschoben unserer ersten Sorgen bleiben muß, und daß die jetzt gegebene Hilfe, und dieser Verpflichtung nicht entbehrt.

Die Haltung der Arbeiter gegenüber dem Bolschewismus

Liegt sich an der Hand der Berichte über den internationalen Gewerkschaftskongress einigermassen übersehen. Ein ganz klares Bild bietet in dieser Hinsicht natürlich kein einzelnes Land, da eben überall einschlägige und ebenso überall übertragbare Draufgänger sind, so daß es darauf ankommt, zu ermitteln, welche Richtung den größten Anhang hat. Die Russen waren auf dem Kongress nicht erschienen, ebenso fehlten die Amerikaner. Die Deutschen, die am meisten mit dem

praktischen Bolschewismus zu tun gehabt haben, die ihn also aus der Praxis kennen, ließen erklären, daß sie den Bolschewismus entschieden bekämpfen würden. Das zweite große Arbeiterland, England, scheint in dieser Hinsicht überhaupt keine Stellung genommen zu haben; offenbar glaubte man sich deutlich genug ausgesprochen zu haben durch Kundgebungen gegen einen angeblichen „Reichen Terror“ in Ungarn, und durch einen Einspruch gegen die Fortführung des Krieges gegen „Ruhland“ — worunter die Herren des Kampfs gegen die Revolutionsmacht der Lenin und Konjorten verstehen. Auf jeden Fall sind die englischen Arbeiter in ihrer Haltung gegenüber den Bolschewisten ebenso unsichere Stantoniolen, wie es die englische Regierung selber ist. Auch die Franzosen, deren Richtungen auf diesem Kongress sich mit den verschiedenen sozialistischen Parteien in Frankreich nicht decken, kommen nicht zu einer klaren Stellungnahme. Dabinne war die Haltung der Italiener durchaus im Sinne der letzten Ururuben: Sie sind für den Bolschewismus. Auch in den nordischen Ländern ist die bolschewistische Propaganda nicht vergeblich gewesen. Die Korvener, die ohnehin in allen Kulturfragen ein des großen moralischen Schweregewicht entbehrende Völkersplitter sind, nahmen eine für Moskau sehr freundliche Haltung ein. Auf Seiten der Deutschen standen eigentlich ohne Einschränkung, vielleicht darüber hinausgehend, nur die Vertreter des aufstrebenden nordamerikanischen Reichslandes Kanada. — Die Ententeblätter werden somit weiterhin mit der bolschewistischen Gefahr ernstlich zu rechnen haben, da ihre Arbeiter offensichtlich damit liebäugeln.

Politische Nachrichten.

Deutschland verlangt Stundung der Zahlung aus dem Ausleihverfahren. Nach § 206 des Friedensvertrages sind die Verbindlichkeiten der kriegführenden Staaten untereinander aus der Vorkriegszeit durch ein Ausgleichsverfahren zu regeln. Der „Friedensvertrag“ bestimmt, daß unsere Schulden einfach aufgeschriben und später verrechnet werden, während umgekehrt unsere Verbindlichkeiten alle Monate in ausländischen Deuten voll bezahlt werden müssen und auch bisher bezahlt worden sind. Die Gesamtsumme unserer Verbindlichkeiten wird sich nun nach Umrechnung in die Auslandswährungen auf etwa 9 Milliarden Mark stellen. Von deutscher Seite ist nun der Antrag auf Stundung der noch zu entrichtenden Schuldsummen gestellt worden. Dieser Antrag wurde jedoch von England und Frankreich abgelehnt, während von Italien die Antwort noch aussteht. Auch ein zweiter Antrag auf Stundung verfiel der Ablehnung. Im Augenblick wird noch weiter verhandelt. Eine definitive Entscheidung ist noch nicht gefallen. Da binnen kurzem wieder größere Summen fällig werden, wird durch die deutsche Regierung auf der in diesen Tagen in Brüssel beginnenden Konferenz die Anknüpfung auf neue zur Sprache gebracht werden, da die Durchführung der Sache, so wie sie der Friedensvertrag vorsieht, unweigerlich den wirtschaftlichen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben muß.

Der Bankrott des Völkerbundes.

Es wird immer klarer, daß der Völkerbund als Vermittler der Völkerfriedensordnung auf Sand gebaut und dem Zusammenbruch nahe ist. Es war von Anfang an kein Zweifel, daß dieser Bund nur mit der Abkehr von der Idee der Friedensverträge von Versailles zu garantieren und daß alles andere, wie die Zulassung neutraler Staaten, nichts weiter darstellte, als eine Verhüllung des eigentlichen Zwecks. Die meisten neutralen Staaten haben das inzwischen gemerkt und sich danach eingerichtet, wenn sie auch nicht alle denselben Mut der Konsequenzen gefunden haben wie Argentinien. Wir glauben gern, daß der Völkerbund, soweit er aus Entente-Teilen besteht, nach außen hin noch eine gewisse Eindeutigkeit der Politik verfolgt. Aber davon abgesehen ist das eigentliche Merkmal des Völkerbundes unverhüllt gememtes Mißtrauen. Diese Erscheinung trat bereits zurzeit, als viele Bestimmungen über die Handhabung der Blokadewaffe getroffen werden sollten. Inzwischen haben die Friedens- und Versöhnungsschwärmer eine weitere Enttäuschung erlebt, und zwar in der Abrüstungsfrage. Die kleineren Staaten wollten das Problem der Abrüstung ernsthaft lösen. Die Großstaaten aber sperrten sich dagegen und ein Vertrag konnte nur dadurch herbeigeführt werden, daß der englische Vertreter erklärte, die Regelungen wären ja an nichts gebunden. Das selbe Miß bei der Frage der Schiedsgerichtsbarkeit. Natürlich hat diese Einrichtung nur Sinn, wenn sie obligatorisch gemacht wird, aber auch dagegen sträubten sich die großen Völkerbundstaaten, die ihre Souveränität nicht antauchen lassen wollen. Dieser immer wieder vorzutretende Widerstand gegen wirkliche Friedensgarantien haben einen belagerten Sozialisten Veranlassung in Genf den Vertretern der Großmächte zurufen, in ihnen sei der Geist des preukhischen Junkers lebendig. Der „Vorwärts“ hebt diese Kennzeichnung durch Fettdruck hervor. Es ist bald soweit, daß die Sozialdemokraten alle ihre Götzen verbrannt haben, denen zugleich sie von der guten und wahren deutschen Sache abgefallen sind.

Die Amerikaner glauben nicht an den Völkerbund. Genf, 14. Dezember. Der amerikanische Senator Mac Cormick traf von Paris kommend in Genf ein und wohnte am Montag auf der Pressetribüne der Völkerbundversammlung bei. Gestern abend reiste er weiter, wie es heißt, nach Ungarn und Finnland. Nach dem „Journal de Geneve“ erklärte er u. a., es sei nicht ausgeschlossen, daß Senator Knox unter der neuen Präsidentschaft Staatssekretär würde und dann den Friedensvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland herstellen werde. Nach der „Zürcher“ hat sich Mac Cormick mit Hallour und Barnes unterhalten. Er soll nach der Zusammenkunft erklärt haben, daß man viel zu

viel Zeit mit zwecklosem Geschwätz verliere. Das Blatt meine, Cormick glaube weniger denn je an den Völkerbund.

Berühmte amerikanische Ansicht.

Wie der „Chicago Tribune“ aus Marion in Ohio gemeldet wird, trat Hoover bei seiner Besprechung mit dem neugewählten Präsidenten Harding dafür ein, daß die Vereinigten Staaten nach gewissen Abänderungen des Statuts Mitglied des Völkerbundes werden sollten. Hoover gab der Überzeugung Ausdruck, es werde unmöglich sein, normale Zustände in Europa zu schaffen, bevor nicht der Beitrag der von Deutschland zu zahlenden Entschädigung festgesetzt sei. Diese müsse so bemessen werden, daß die Deutschen imstande seien, ihn zu bezahlen.

Ein lehrreicher Prozeß.

Vor dem Berliner Gericht ist ein neuer Weltkrieg-Prozeß ausgetragen worden, wie wir getrennt berichteten. Dementsprechend Herr Erzberger nicht persönlich vor Gericht, weder als Kläger, noch als Zeuge, noch als Angeklagter. Aber auch diesmal war er der Verfolger, denn das Ergebnis des Prozesses wird ein neues Licht auf die politische Bewusstheit dieses Mannes. Herr Erzberger war es, der in Weimar in der Nationalversammlung, um einen parteipolitischen Schlag gegen rechts zu führen, die Behauptung aufstellte, im Herbst 1917 habe eine greifbare Friedensmöglichkeit auf Grund eines Ententeangebots vorgelegen. Die damalige deutsche Regierung aber habe diese Möglichkeit aus Eroberungsgelust freventlich vereitelt. Dr. Helfferich hat gegen diese Darstellung öffentlich Stellung genommen und in folgendermaßen von einem sozialdemokratischen Organ Charlottenburgs der Fällung geziehen worden. Diese Pressebeurteilung gab den unmittelbaren Anstoß zu dem Prozeß. Die Verhandlung wußte aber darüber hinaus zu einer rechtlichen Aufklärung des Falles, den Herr Erzberger damals in Weimar parteipolitisch ausgenutzt hat. Eine hochpolitische Zensurenentscheidung, in deren Verlauf der frühere Reichskanzler Michaelis und der frühere Staatssekretär Süßmann vor Gericht erschienen, ertrug die Feststellung, daß man damals im Jahre 1917 lediglich von einer Konversationsbereitschaft auf Seiten Englands sprechen konnte, daß aber Frankreich jede Verhandlungsmöglichkeit sofort im Keime erstickt hat. Dagegen war damals auf deutscher Seite der ermittele Friedenswille vorhanden. Der Kaiser gab unsern Staatsmännern Vollmacht, sobald als möglich Frieden zu schließen, und es sollten dabei Ansprüche territorialer Natur vollkommen ausbleiben. Die Dinge hängen also 1917 genau umgekehrt, als Erzberger geschildert hat. Auf deutscher Seite Friedensbereitschaft und keinen Anspruch auf Macht- oder Gebietsvermehrung, auf der gegenüber Seite der unversöhnliche Vernehmenschaftswille. Der angeklagte Redakteur ist in dem Prozeß zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt worden. Als moralisch Beurteiler aber ging Erzberger aus der Verhandlung hervor, der sich nicht scheut, aus parteipolitischer Verblendung das eigene Land wahrheitswidrig ins Unrecht zu setzen und damit der Entente Waffen gegen uns in die Hand zu geben.

Reichsfarben nach Auswahl.

Von einem Besucher des demokratischen Nürnbergers Parteitagcs wird uns geschrieben: Die demokratische Partei hatte für die Abhaltung ihres Parteitagcs im großen Saal des Kulturvereins in Nürnberg die Auswählung, die noch von dem Parteitag der Deutschen Volkspartei vorhanden war, nach ihrem Gusto geändert. Der Besucher des demokratischen Parteitagcs sah nichts mehr von den webenden schwarz-weiß-roten Fahnen, die eine Woche vorher dem Saal das Gepräge gegeben hatten. Die demokratische Farbdemonstration war auf der Bühne angebracht, und zwar an der Stelle, wo vor acht Tagen die Farben Bismarcks, Bennigsens und Bismarcks aufgehängt waren. Hier prante in der Mitte eine große Rosette in schwarz-rot-goldenen Farben. Aber damit glaubte die demokratische Partei offenbar noch nicht alles getan zu haben. Denn während an der einen Seite der großen Rosette in einer kleineren Rosette die Farben blau-weiß-schimmerten, leuchteten auf der andern Seite die Farben schwarz-weiß-rot. Die demokratische Partei bildigt offenbar dem Grundbesitz, daß man vieles bringen muß, um jeden etwas zu geben. Sie hat Reichsfarben je nach Auswahl bereit.

Verkehrserleichterung zwischen Deutschland und Italien.

Berlin, 14. Dezember. In den letzten Tagen fanden zwischen der deutschen und der italienischen Regierung in Berlin Verhandlungen statt mit dem Ziel, den Verkehr zwischen Deutschland und Italien, der sich bis jetzt bereits günstig entwickelt, nach Möglichkeit zu erleichtern. Es handelt sich in der Hauptsache um die Schaffung direkter Tarife, um die durch die jetzt noch erforderten mehrfachen Zwischenverrichtungen bedingten Schwierigkeiten und Verleuerungen zu beseitigen. Nach dem Verlaufe der Verhandlungen kann angenommen werden, daß eine befriedigende Regelung dieser Frage erreicht wird.

Unterstützungen bei der Reichsgetreidekasse.

Bei der Reichsgetreidekasse sind Verfügungen vorgenommen. Die Vollfahrtsfahne ist um Beiträge von etwa 150 000 Mark geschädigt worden. Als Täter kommen in Frage vier Angekollte, darunter ein „Vertrauensmann“ der Verkehrsverbände.

Ein Gelangskonzert aus politischen Gründen verboten.

Berlin, 14. Dezember. Der Berliner Verkehrsverein, der zurzeit eine Konzertsreihe nach Oberschlesien unternimmt, wurde dem „A. Z.“ zufolge die Abhaltung eines Konzerts in Oppeln vom französischen Kreisinspektoren in schriftlicher Form verboten. Eine Deputation, die bei dem Kreisinspektoren vorstellig wurde und darauf hinwies, daß auch die Polen keine feiern könnten, erhielt die Antwort, unter den Vertretern seien 90 Prozent Kolonialisten. — (Um die Sache der Polen muß es sehr schlecht bestellt sein, wenn sie schon Anrecht von einer feinklerlichen Veranstaltung haben. Die Schriftl.)